

HAUSHALTSREDE DER GEMEINDERATSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN GERNSBACH AM 02.03.2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Christ, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Gernsbacherinnen und Gernsbacher, verehrte Stellvertreter der Presse,

Was bedeutet Klimaschutz für Sie? Was bedeutet Klimaschutz in Gernsbach im Jahr 2020?

1996 stufte der Gernsbacher Gemeinderat Klimaschutz als wichtig ein. Die Stadt Gernsbach trat 1996 dem Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder | Alianza del Clima e.V. (www.klimabuendnis.org) bei. Gernsbach verpflichtete sich damit für Klimagerechtigkeit und musste vor dem Beitritt die Selbstverpflichtung zur Reduktion der CO₂-Emissionen um zehn Prozent alle fünf Jahre abgeben. Viermal hätte es also bereits zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 10 % kommen müssen seit 1996. Und die nächste Reduktion um 10 % müsste 2021 erreicht sein.

Aber was hat die Stadt Gernsbach dafür getan? Was hat die Stadt Gernsbach daraus gemacht? Wie ernst nimmt sie die abgegebene Verpflichtung?

Diametral zu der abgegebenen Verpflichtung erklärte unser Bürgermeister einigen Gemeinderatskolleg*innen und mir letztes Jahr sinngemäß,

Klimaschutz spiele in der Stadt Gernsbach bis dato keine Rolle.

Die Ziele und Verpflichtungen aus dem Jahr 1996 werden mit dieser Aussage verleugnet. Es liegt auf der Hand, dass die Stadt Gernsbach ihre eingegangene Verpflichtung innerhalb des Klimabündnisses nicht im Ansatz eingehalten hat.

Die GRÜNE Gruppierung hatte in den Jahren 2014 bis 2019 den Haushalt jedes Jahr abgelehnt, weil der Klimaschutz nicht berücksichtigt wurde. Dies wurde offensichtlich nicht einmal wahrgenommen. Wie sonst kann es zu der Aussage kommen,

Klimaschutz spiele in der Stadt Gernsbach bis dato keine Rolle.

Neben dem Klimabündnis, das wir im Jahr 1996 eingegangen sind, und das uns konkrete Handlungshilfen anbietet, die offenbar nicht wahrgenommen wurden und nicht wahrgenommen werden wollen, haben wir jetzt die Chance ein vernünftiges Gesamtkonzept durch die Energieagentur Mittelbaden gGmbH erstellen zu lassen. Die Energieagentur Mittelbaden gGmbH ist eine neutrale unabhängige Einrichtung im Landkreis Rastatt. Gesellschafter sind u.a. die Kommunen. Sie wird aus Mitteln der Kreisumlage finanziert, die wir mitbezahlen. Genutzt wird sie von der Kommune nicht. Ihre Beratung zielt auf Nachhaltigkeit, CO₂-Neutralität, ressourcenschonendem Einsatz von Rohstoffen und Klimaschutz. Sie ist damit eine wichtige Plattform für uns alle. Wir müssen nur das Know-how, das sie anbietet und das wir mit der Kreisumlage bezahlen, auch annehmen.

Die Möglichkeiten, die sie bietet, haben uns veranlasst, im Haushalt für das Jahr 2020 keine Klimaschutzmanager*in zu beantragen, sondern den Antrag zu stellen, die Energieagentur Mittelbaden gGmbH mit der Erstellung einer Gesamtanalyse zu beauftragen und dies im Haushalt mit 40.000 € zu veranschlagen. Dies vor dem Hintergrund, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf 2020 die Worte Klimaschutz und Nachhaltigkeit nicht einmal erwähnt. Gernsbach ist ein beschauliches Mittelalterstädtchen. Es sollte sich aber auch den Herausforderungen der Moderne mit Weitblick stellen. Ein erster Schritt hin zur zukunftsorientierten Gemeinde ist eine umfassende Analyse. Diese Analyse der Energieagentur Mittelbaden gGmbH ist im Wärme / Kältebereich für die Stadt Gernsbach kostenfrei. Für ein Gesamtkonzept, das Verkehr, nachhaltige Beschaffung und Schonung der Ressourcen mit einbezieht, würden Kosten in einer Größenordnung von 40.000 € anfallen .Vor diesem Hintergrund hatten wir beantragt 40.000,00 € in den Haushalt 2020 einzustellen und stellen diesen Antrag heute nochmals.

Hätten wir bis zur Gründung der Energieagentur Mittelbaden gGmbH noch eines Klimaschutzmanagers bedurft, der ein vernünftiges Konzept erstellt, wird uns dies nunmehr auf deutlich günstigere Art und Weise durch die Energieagentur Mittelbaden gGmbH angeboten. Aber nicht einmal das ist Gernsbach der Klimaschutz wert. Es war erschreckend für uns, dass 2 Fraktionen und eine Gruppierung im Gemeinderat Gernsbach diesen Antrag geschlossen abgelehnt haben. Es ist uns durchaus bewusst, dass es ein Novum für die Stadt Gernsbach bedeuten würde, ein vernünftiges Gesamtkonzept aufzustellen, das den Blick nicht nur darauf ausrichtet, was jetzt hier und heute Not tut, sondern eine Priorisierung mit Weitblick für die kommende Generation vornimmt. Die Energieagentur Mittelbaden gGmbH kennt auch die Fördertöpfe, die Klimaschutzprojekte und Nachhaltigkeit erleichtern. Langfristig führen diese Projekte auch zu Einsparungen. Es gibt durchaus Gemeinden in unserer Region, die ein energieneutrales Gebäude nach

dem anderen bauen, werfe ich nur meinen Blick auf die Gemeinde Kuppenheim, die die Fördertöpfe für eine neue Sporthalle und eine Veranstaltungsgestaltungshalle zu nutzen wusste. Für letztere alleine flossen Fördermittel von mehr als 2 Millionen €.

Die Chance, die die Analyse der Energieagentur Mittelbaden gGmbH bieten würde, hat ein Kollege aus dem Gemeinderat damit abgetan, dass es sich nicht lohne, Papier mit Dingen zu beschreiben, die dann ohnedies nicht umgesetzt werden. Dies waren deutliche Worte. Dies war eine rote Karte für den Klimaschutz. Es verdeutlicht, dass bei der Mehrheit der Gemeinderät*innen noch keine Absicht besteht, etwas Effektives und Zukunftsorientiertes für den Klimaschutz zu unternehmen. Alleine die Einhaltung der ENEF ist noch kein Klimaschutz!

Wir **GRÜNE** wollten mit unserem **Antrag zum Klimaschutz eine ökologische Moderne schaffen** und lediglich die CDU-Fraktion war bereit, uns bei diesem Antrag zu unterstützen.

Für den Klimaschutz müssen wir jetzt alles tun, was in unserer Macht steht. Darüber zu reden, was notwendig ist, ist der erste Schritt. Dem müssen konkrete Handlungen folgen. Für bloße Lippenbekenntnisse ist keine Zeit mehr.

Wir haben Verantwortung nicht nur für das hier und heute, sondern auch für das Morgen unserer Kinder. Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns das nicht verzeihen.

Seit unserer letzten Gemeinderatssitzung verbreitet sich der Vorwurf, die Gemeinderät*innen seien kinderunfreundlich.

Hintergrund ist die Zurückstellung des Planschbeckens im Gernsbacher Schwimmbad. Kinderfreundlichkeit fängt da an, wo ich im Blick habe, wie die Welt von morgen aussieht. Kinderfreundlichkeit haben wir für die Kinder in Lautenbach gezeigt, indem wir uns gegen die Schließung des Lautenbacher Schwimmbades ausgesprochen haben. Diese Kinder hätten überhaupt keine Möglichkeit mehr gehabt, vor Ort baden zu gehen. Die schlechte Verkehrsanbindung mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Lautenbach ist bekannt. Für mich war es nicht verständlich, dass wir Gemeinderät*innen in der Sitzung zur Einbringung des Haushalts erstmals davon erfahren haben, dass das Planschbecken im Gernsbacher Schwimmbad sanierungsbedürftig ist und dafür Kosten von 300.000,00 € entstehen. In dieser Sitzung sollte zeitgleich darüber entschieden werden, dass das Lautenbacher Schwimmbad geschlossen wird. Und ohne mit der Wimper zu zucken, wurde bei der Einbringung des Haushalts wie eine Selbstverständlichkeit erwähnt, dass für das Gernsbacher Planschbecken 300.000 € im Haushalt vorgesehen sind. **Uns wurde** vorgehalten, dass Pflichtaufgaben für die Schulen nicht wahrgenommen werden können, wenn wir das Lautenbacher Schwimmbad nicht schließen. Das ist wie der Vergleich von einer Wassermelone mit einer Kirsche. Ich hatte bei der Stadt belastbare Zahlen zu den Besuchern der Schwimmbäder eingefordert. Diese habe ich nicht erhalten. Fakt ist aber, dass das Lautenbacher Schwimmbad – die Sanierung außen vor gelassen – nur einen Tropfen der Schwimmbadkosten im Gernsbacher Haushalt ausmacht.

Für die Schulen haben wir in diesem Haushalt ein großes Paket gebündelt. Jedem, der Kinder hat, ist die katastrophale Situation der Grundschule Gernsbach bekannt. Diese haben wir im Fokus und Erwarten die Vorlage eines stimmigen Gesamtkonzeptes, um diese unerträgliche Situation endlich aus der Welt zu schaffen. Die Erarbeitung dieses Konzeptes soll dieses Jahr erfolgen und wir werden darauf drängen, dass dies zügig voranschreitet.

Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass die Kinder in der Grundschule auf stinkende Toiletten gehen müssen. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie sich nicht trauen, die Toilette aufzusuchen, weil sie den Gestank nicht ertragen. Und solange eine menschenwürdige Behandlung der Kinder in der Schule nicht gewährleistet ist, müssen wir angesichts der angespannten Haushaltslage eine Priorisierung vornehmen. Diese Priorisierung ist dahingehend erfolgt, dass die Kinder in Lautenbach genauso wie die Kinder in der Kernstadt Gernsbach die Chance haben sollen, schwimmen zu lernen. Eine erschreckende Anzahl von Kindern kann nicht sicher schwimmen. Schwimmen zu lernen ist Teil des Lehrplanes in der Grundschule. Dieser Teil des Lehrplanes wird in der Stadt Gernsbach nicht erfüllt. Umso wichtiger, dass auch die Kinder in einem kleinen Teilort die Chance haben, schwimmen zu lernen. Und in diesem Teilort gibt es etwas, von dem alle Eltern in der Kernstadt träumen. Man kann sein Kind alleine in das Schwimmbad schicken und weiß, die anderen achten auf das Kind, weil sie sich untereinander kennen und ein starker sozialer Zusammenhalt besteht.

Auch die Spielplatzfrage wurde in den letzten Wochen heiß gekocht. Die Notwendigkeit von Spielflächen für Kinder und Jugendlichen ist unbestritten. Das Verschieben des Projekts Spielplatz gibt uns Zeit und Raum sowohl die Standortfrage als auch die Zielgruppe zu klären. Wir wissen nicht, ob es ein Mehrgenerationenspielplatz oder ein Spielplatz für Kinder und/oder Jugendliche werden soll. Den Standort Laufbachtal, Skateranlage sehen wir für die Altersgruppe 0-12 Jahre auf Grund der Randlage als ungeeignet an. In einem der Planung vorgelagerten Prozess wollen wir die Bürger*innen in Form eines Bürgerdialogs an der Standortfrage und den Anforderung beteiligen. Wir stellen uns einen Spielplatz vor, bei dem die Eltern und die Kinder mit ihren Ideen mitgenommen werden, bei dessen Gestaltung sie mitwirken dürfen und der nicht 0815 von der Stange ist. Mit Fantasie und Eigeninitiative lässt sich viel erreichen. So ein Spielplatz ist ein Gewinn für alle, weil das eigene Engagement diesen werthaltig macht. So ein Spielplatz, unter Einbeziehung der Bürger*innen ist auch ein geeignetes Integrationsprojekt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein gutes Beispiel für eine solch gelungene Zusammenarbeit ist der Dorfplatz in Staufenberg.

Effektiver Hochwasserschutz hat für uns oberste Priorität. Wir zweifeln nicht im Geringsten an der Qualität der Hochwasserstudie von Wald + Corbe. Wir stellen auch nicht in Frage, dass im Wörthgarten ein Hochwasserkonzept umgesetzt werden muss. Aber es ist eine unumstößliche Tatsache, dass durch die Umsetzung der Maßnahme im Wörthgarten der Pegel oberhalb der Stadtbrücke sich nicht um einen einzigen Zentimeter senkt. Wegen der längeren Vorlaufzeit bei der Planung des Hochwasserschutzes oberhalb der Stadtbrücke müssen daher umgehend Haushaltsmittel für diese Leistungen in den Haushalt eingestellt werden. Leider sind selbst im mittelfristigen Haushaltsansatz dafür keine Mittel bereitgestellt worden. Diese Tatsache gibt Grund zum Zweifeln an der Ernsthaftigkeit und der Motivation der Stadt Gernsbach beide Bereiche mit der gleichen Priorität zu behandeln. Bei gleicher Priorität wäre es logisch, mit der Maßnahme zuerst anzufangen, die mehr Zeit in Anspruch nimmt. Dies wird aber nicht getan.

Die GRÜNEN haben nicht beantragt, das Altstadtfest abzuschaffen. Angesichts der knappen Kassen haben wir angeregt, das Altstadtfest nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Bei Kosten pro Altstadtfest von 85.000,00 € für die Gemeinde, wäre dies eine erhebliche Ersparnis. Der Turnus von zwei Jahren würde die Bedeutung des Festes steigern und Möglichkeit schaffen, es mit den Mitbewohner*innen weiter zu entwickeln und mit Freude dafür zu planen.

Sehr geehrter Herr Kämmerer Lang, wir danken Ihnen und Ihren Kolleg*innen für die Aufstellung des Haushaltsplanes in dieser schwierigen Zeit.

Der Haushaltsentwurf ignoriert den Klimaschutz. Er ignoriert die Zukunft unserer Kinder. Aus diesem Grund können wir dem Haushalt so lange nicht zustimmen, wie der Klimaschutz darin keinen Raum findet.